

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **11.** Sitzung des  
**des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **31.05.2012**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)  
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 20:30 Uhr  
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• CDU-Fraktion**

1. Herr Hans-Josef Engels
2. Herr Reiner Geroneit
3. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder ab 17.30 Uhr
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Thomas Jung
6. Herr Norbert Kallen
7. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
8. Frau Ursel Meis
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Antonius Suppes
11. Herr Dieter Welsink
12. Frau Maria Widdekind
13. Frau Birte Wienands

#### **• SPD-Fraktion**

14. Herr Denis Arndt
15. Herr Udo Bartsch
16. Herr Wilhelm Küpper
17. Herr Erwin Popien
18. Herr Rainer Schmitz
19. Frau Helga Weiss

#### **• FDP-Fraktion**

20. Herr Christian Kohnen
21. Herr Michael Riedl

22. Herr Dirk Rosellen

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

23. Herr Manfred Haag

24. Frau Dr. Sylke Markert-Kütemeyer

25. Frau Angela Stein-Ulrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

26. Frau Karin Borrmann-Schulz

27. Herr Carsten Thiel

• **Die Linke**

28. Herr Oliver Reising

ab 17.15 Uhr

• **beratende Mitglieder**

29. Herr Karl-Heinz Brandofsky

30. Herr Bernd Gellrich

bis 20.10 Uhr

31. Herr Norbert Kallen

32. Frau Ingrid Landen

33. Herr Dr. Josef Merten

34. Herr Bülent Öztas

bis 18.20 Uhr

• **Verwaltung**

35. Herr Dr. Michael Dörr

36. Herr Siegfried Henkel

37. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

38. Herr Martin Meisel

39. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

40. Frau Heike Stump

41. Frau Christiane Weber

• **Schriftführerin**

42. Frau Birgit Rothe

43. Herr Marcus Mertens

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
<b>Öffentlicher Teil:</b> .....		<b>4</b>
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) -Grundsicherung für Arbeitsuchende- .....	4
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1829/XV/2012.....	4
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1845/XV/2012.....	5
3.	Vereinbarung zwischen dem MAIS NRW und dem Rhein-Kreis Neuss zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2012 Vorlage: 50/1849/XV/2012.....	5
4.	Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II - Gemeinsamer Tätigkeitsbericht der Träger der "Flankierenden Dienste" 2011 Vorlage: 50/1889/XV/2012 .....	5
5.	Sachstand zur Umsetzung des Bildungs-und Teilhabepaketes einschl. Schulsozialarbeit Vorlage: 50/1868/XV/2012 .....	6
6.	Betreuungspauschalen beim "Wohnen mit Service" und "betreutem Wohnen" Vorlage: 50/1858/XV/2012.....	8
7.	Fachtagung zu neuen Wohnformen - Antrag der Fraktionen der CDU und FDP.....	8
8.	"Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel" - Auswirkung der Einführung und Sachstand der Fortschreibung Vorlage: 50/1830/XV/2012 .....	8
9.	Inklusion - Bericht und Fortschreibung zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 23.02.2010 Vorlage: 50/1897/XV/2012 .....	10
10.	Kindergesundheit im Rhein-Kreis Neuss 2011 - Aktuelle Daten und Handlungsvorschläge des Gesundheitsamtes Vorlage: 53/1825/XV/2012 .....	10
11.	Einrichtung eines "Kommunalen Integrationszentrums" - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2012 Vorlage: 50/1894/XV/2012.....	11
12.	Palliativversorgung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/1863/XV/2012.....	12
13.	Mitteilungen .....	14
13.1.	Bericht von der Pflegekonferenz vom 23.03.2012 Vorlage: 50/1892/XV/2012 .....	14
13.2.	Schuldnerberatung Vorlage: 50/1826/XV/2012 .....	14
13.3.	Demenz-Kompetenz-Zentrum Rheinland (DKR) Vorlage: 53/1822/XV/2012 .....	14

13.4. Gesundheitliche und rechtliche Bewertung von E-Zigaretten Vorlage: 53/1749/XV/2012 .....	14
13.5. gesund genießen - gesunde Mittagsverpflegung in Schulen (SekI & II) Vorlage: 53/1823/XV/2012 .....	14
13.6. Gesundheit im Alter Vorlage: 53/1824/XV/2012 .....	15
13.7. Barrierefreiheit Vorlage: 50/1891/XV/2012 .....	15
13.8. Kommunale Beschäftigungsförderung Vorlage: 50/1890/XV/2012 .....	15
13.9. Sozioökonomisches Monitoring.....	15
14. Anfragen .....	15
14.1. Verbesserung der Raumluft in öffentlichen Gebäuden im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/1748/XV/2012.....	15

## Öffentlicher Teil:

### 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

#### Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wurde Ausschussmitglied Ingrid Landen verpflichtet.

Des Weiteren erläuterte Ausschussvorsitzender Dr. Klose, dass aufgrund des Umfangs der Tagesordnungen darüber nachgedacht werden müsse, zukünftig eine zusätzliche Sitzung durchzuführen.

### 2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende-

#### 2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

##### Vorlage: 50/1829/XV/2012

#### Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies auf ein Urteil des Bundessozialgerichtes vom 16.05.2012 hin. Demnach könnten die Verwaltungsvorschriften zum Wohnungsbindungsgesetz keine Anwendung mehr finden. Bei Entscheidungen seien nunmehr die Wohnraumnutzungsbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen maßgebend, wodurch die Wohnflächengrenze für einen alleinstehenden Leistungsberechtigten nunmehr 50qm betrage. Eine entsprechende Rundverfügung sei bereits an die kreis-

angehörigen Kommunen und das Jobcenter versandt worden. Die Wohnflächengrenzen seien für alle Haushaltsgrößen um 5qm erhöht und die Mietobergrenzen angepasst worden. Die Umsetzung der Vorgaben aus dem aktuellen Urteil erfolge ab 01.06.2012. In der Konsequenz der Anerkennung der Wohnraumquadratmeter müsse im laufenden Haushaltsjahr mit einer Überschreitung des Ansatzes in Höhe von 1,5 bis 2 Mio. € gerechnet werden, obwohl die Zahl der Bedarfsgemeinschaften weiter habe gesenkt werden können.

Kreistagsmitglied Thiel erklärte, diese Entwicklung sei lange absehbar gewesen. In anderen Bundesländern seien höhere Quadratmeterwerte bereits anerkannt.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich wies darauf hin, dass das BSG ein Urteil aus dem Jahr 2009 bestätigt habe und fragte an, ob Betroffene auf dieser Grundlage auch rückwirkend Ansprüche geltend machen könnten.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte aus, dass auch bis zum 31.05.2012 nach der geltenden Rechtslage agiert worden sei. Die Konsequenzen aus dem Urteil bezüglich einer möglichen Rückwirksamkeit wolle das MAIS erst dann ziehen, wenn die Urteilsbegründung vorliege und ausgewertet sei.

## **2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1845/XV/2012**

## **3. Vereinbarung zwischen dem MAIS NRW und dem Rhein-Kreis Neuss zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2012 Vorlage: 50/1849/XV/2012**

### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies auf die umfassende Erläuterung hin. Er ergänzte, dass die Vereinbarung mit den gefassten Kreistagsbeschlüssen korrespondiere und nun abzuwarten sei, wie die konkrete Unterstützung des Landes aussehen werde.

## **4. Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II - Gemeinsamer Tätigkeitsbericht der Träger der "Flankierenden Dienste" 2011 Vorlage: 50/1889/XV/2012**

### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, der vorliegende Bericht sei ein Ergebnis der guten, geleisteten Arbeit.

Kreistagsmitglied Widdekind bedankte sich für den vorliegenden Bericht, da dieser auch deutlich mache, wofür die Haushaltsmittel des Kreises verausgabt würden. Die gesetzten Ziele seien hervorragende, es sei zu hoffen, dass diese auch erreicht werden könnten.

Kreistagsmitglied Haag dankte den Verbänden für den Bericht, aus dem das Zusammenspiel der Leistungen gut erkennbar sei. Er fragte an, ob der Bedarf der Schuldner-

beratung gedeckt werden könne.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, das Zuschussvolumen sei hierzu ausgedehnt worden. Zurzeit sei davon auszugehen, dass alle Bedarfe gedeckt seien.

Kreistagsmitglied Kallen bestätigte in seiner Funktion als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, dass nach Bewilligung durch die Verwaltung der Stellenanteil für die Schuldnerberatung habe erhöht werden können.

## **5. Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes einschl. Schulsozialarbeit**

### **Vorlage: 50/1868/XV/2012**

#### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass 49% der Anspruchsberechtigten erreicht worden seien. Er wies auf die Tischvorlage hin, mit der dem Ausschuss die positive Rückmeldung des Landkreistages zum Stand der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss zur Kenntnis gegeben werde. Es werde auch die Rechtmäßigkeit der Auffassung bestätigt, dass eine Leistungsgewährung einen Antrag bedinge.

Kreistagsmitglied Arndt berichtete, er habe Mitteilungen von Nachhilfeträgern erhalten, wonach Anträge aus dem SGB II-Bereich mehrere Monate zur Bearbeitung benötigten. In Einzelfällen habe die Nachhilfe schon eingestellt werden müssen.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erläuterte, diese Erkenntnis liege dem Kreis nicht vor. Aus den Unterlagen sei erkennbar, dass der Bearbeitungsstand im Jobcenter sehr positiv sei, es jedoch in den Kommunen ein Optimierungspotential gebe. Der von Kreistagsmitglied Arndt gegebene Hinweis werde jedoch aufgenommen und in der Steuerungsgruppe besprochen. (Anmerkung der Verwaltung: Das Gespräch mit dem Jobcenter hat am 18.06.2012 stattgefunden. Auf die Notwendigkeit einer zeitnahen Bearbeitung der Anträge wurde nochmals hingewiesen.)

Kreistagsmitglied Haag wies darauf hin, dass das Bildungs- und Teilhabepaket ein verwaltungsintensives Angebot sei, dass so nicht von allen in Anspruch genommen werden wolle. Die vorliegenden Erläuterungen seien zwar ausführlich, zeigten aber nicht auf, warum es zwischen den einzelnen Kommunen Unterschiede gebe. Der Antrag seiner Fraktion habe das Ziel, durch inhaltliche Anpassungen die Bildung und Teilhabe unmittelbar zu verbessern und ein Abfließen der hierfür vorgesehenen Mittel in den allgemeinen Haushalt zu vermeiden.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz entgegnete, der Rhein-Kreis Neuss habe im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und den Richtlinien des Landes eine bestmögliche Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes erarbeitet. Änderungen der strukturellen Bedingungen müssten dem Land vorgetragen werden. Die Unterschiede der Bearbeitungsstände seien durch die unterschiedlichen Personalressourcen zu erklären. Über die Verwendung von Haushaltsmitteln werde im Finanzausschuss und Kreistag zu beraten sein.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Thiel zur Anwendbarkeit des Hamburger Modells wies Allgemeiner Vertreter Steinmetz darauf hin, dass im Land Nordrhein-Westfalen

eine derartige Vereinfachung nicht möglich sei.

Kreistagsmitglied Schmitz fragte an, ob Anträge auch zeitlich später gestellt werden könnten. Hierzu führte Sozialamtsleiter Henkel aus, dass im Sozialhilfebereich grundsätzlich das Bedarfsdeckungsprinzip zu beachten sei. Eine Ausnahme habe es beim Bildungs- und Teilhabepaket lediglich wegen des Inkrafttretens des Gesetzes in der Mitte des Jahres gegeben. Nur für Kinder, die Wohngeld oder Kindergeldzuschläge erhielten, gebe es die Möglichkeit der nachträglichen Beantragung der Leistungen.

Kreistagsmitglied Rosellen erklärte, die Verwaltung habe über den Sachstand gut informiert. Soweit trotzdem seitens möglicher Leistungsberechtigter keine Anträge gestellt würden, könnten auch keine Mittel verausgabt werden. Die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes dürfe in diesem Zusammenhang nicht am Mittelabfluss gemessen werden.

Kreistagsmitglied Haag wies auf eine unterschiedliche Bewertung der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes zwischen Stadt Neuss und Kreis hin. Die Verwendung nicht benötigter Mittel müsse politisch diskutiert werden, diese sollten für eine Verbesserung der Bildung eingesetzt werden.

Kreistagsmitglied Schmitz unterstützte dies und forderte eine sozialpolitische Diskussion dieses Aspektes.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz machte deutlich, dass es bei der Stadt Neuss eine andere politische Bewertung geben möge, jedoch die Stadtverwaltung eine gute organisatorische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes bestätige. Die Haushaltsmittel sollten selbstverständlich die Kinder erreichen um deren Bildung zu fördern, aber bei Verwaltungsvollzug seien Vorgaben zu beachten. Eine Pauschalförderung von Maßnahmen aus dem Überschussbetrag von 2011 sei jedoch nicht möglich und vorgezogen.

Kreistagsmitglied Thiel sah die Schulsozialarbeiter in der Pflicht. Notfalls müssten Anträge auch ohne die Eltern gestellt werden, um mehr Kinder mit der Lernförderung zu erreichen.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen würden laut Kreistagsmitglied Haag zeigen, dass Potential zur Inanspruchnahme der Leistungen vorhanden sei. Er fragte an, in wie weit die Lehrer motiviert seien, an der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes mitzuwirken.

Kreistagsmitglied Schmitz ergänzte, dass die Lehrer oftmals nicht wissen könnten, wer zum Anspruchsberechtigten Personenkreis gehöre. Dem hielt Kreistagsmitglied Kallen entgegen, dass zum Beispiel bei Grundschulern die Lehrer die finanzielle Situation der Familien gut einschätzen könnten.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz stellte klar, dass das Ziel des Rhein-Kreises Neuss die Steigerung der Inanspruchnahme auf eine Quote von zunächst über 60% sei. Die Schulsozialarbeiter hätten erst am 01.01. bzw. 01.02.2012 ihre Arbeit aufgenommen und wirkten nun bei der Erhöhung der Antragszahlen mit. Es müsse jedoch auch den Schulsozialarbeitern Zeit gegeben werden, um einen höheren Wirkungsgrad zu erreichen.

**SozGe/20120531/Ö5****Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Fraktionen der CDU und FDP stimmen gegen den Antrag, die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der UWG sowie der Vertreter der Linken stimmen für den Antrag.

**6. Betreuungspauschalen beim "Wohnen mit Service" und "betreutem Wohnen"****Vorlage: 50/1858/XV/2012****Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies in Ergänzung zu den Erläuterungen auf die steigende Anzahl stationärer Pflegeplätze sowie die vorliegenden Planvorhaben zum Bau weiterer Pflegeeinrichtungen im Rhein-Kreis Neuss hin. Ein Baustein um dieser Entwicklung zu begegnen sei ein umfangreiches Beratungsangebot, um Menschen so lange wie möglich den Verbleib in einer eigenen Wohnung zu ermöglichen. Die Anerkennungsfähigkeit der Betreuungspauschalen im Bereich des Betreuten Wohnens sei ebenfalls ein positiver Schritt.

**7. Fachtagung zu neuen Wohnformen - Antrag der Fraktionen der CDU und FDP****Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erinnerte an eine Fachtagung im Jahr 2007, die aus einer Idee der Kommission Silberner Plan entstanden sei. Nunmehr sei die Zeit erneut reif, auf diesem Feld mittels einer Fachtagung aktiv zu werden.

**SozGe/20120531/Ö7****Beschluss:**

Der Rhein-Kreis Neuss führt eine Fachtagung zur Thematik „Neue Wohnformen im Alter“ durch, in der die Entwicklung auf diesem Gebiet dargestellt und beraten wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei Enthaltung der Fraktion der UWG wird dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

**8. "Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel" - Auswirkung der Einführung und Sachstand der Fortschreibung****Vorlage: 50/1830/XV/2012****Protokoll:**

Unter Hinweis auf das unter Tagesordnungspunkt 2.1 bereits angesprochene Urteil des Bundessozialgerichtes und die neue Rundverfügung des Kreises führte Allgemeiner Vertreter Steinmetz aus, dass es bei der Anwendung des geltenden Mietspiegels keine

Probleme gebe. Er verwies hierzu auf die Zahlen in den Erläuterungen. Der Rhein-Kreis Neuss habe sich nunmehr zu einer Neuerhebung der Basiswerte entschieden, hierzu werde noch vor der Sommerpause ein Gespräch mit den Wohnungsbauunternehmen stattfinden.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich fragte an, aus welchen Quellen die in den Erläuterungen enthaltenen Zahlen zum 1. Quartal stammten. Diese Zahlen könnten so nicht stimmen, da für die Stadt Neuss nur 6 Widersprüche angegeben seien. Die Arbeitslosenberatungsstelle der Diakonie Neuss, für die sie tätig sei, habe allein 16 Widersprüche eingelegt. Ihr sei auch daher bekannt, dass es Fälle gebe, in denen Klage erhoben worden sei.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Zahlen aus dem Jobcenter und von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mitgeteilt worden seien. Er sei bereit, den Sachverhalt bezüglich des gegebenen Hinweises nochmals zu untersuchen.

Kreistagsmitglied Bartsch bat um Prüfung, ob die Daten zukünftig um die Fallzahlen des SGB II erweitert werden und die Zahl der schon geprüften Fälle benannt werden könne.

Aus Sicht von Kreistagsmitglied Thiel hätten neue Bedarfsgemeinschaften in Neuss keine Chance, einen angemessenen Wohnraum zu finden.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich fragte an, warum die Firma Empirica nicht mit der Erarbeitung eines schlüssigen Konzeptes beauftragt werden. Diese Firma habe dies für den Rhein-Sieg Kreis bereits gemacht, seither seien dort die Streitfälle rückläufig.

Kreistagsmitglied Rosellen vertrat die Auffassung, dass laut dem Urteil des Bundessozialgerichtes ein Konzept, das nur auf Angebotsmieten beruhe, nicht schlüssig sei.

Kreistagsmitglied Arndt erklärte für die Fraktion der SPD, dass man weiterhin die bereits bekannten Standpunkte in dieser Thematik vertrete. Spielräume der Verwaltung müssten zugunsten von Leistungsbeziehern genutzt werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies darauf hin, dass Streitfälle zuweilen auch auf eine schlechte Beratung zurückzuführen seien. Es sei daher von großer Wichtigkeit, dass die Mitarbeiter des Jobcenters und der Kommunen gut geschult seien und eine umfassende Beratung durchführen.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz unterstützte diese Auffassung und wies auf umfangreiche Schulungen für die Mitarbeiter hin. Von einer guten Beratung sei auszugehen. Die Firma Empirica könne nicht herangezogen werden, da diese entgegen der Anforderung aus dem Urteil des Bundessozialgerichtes nur auf Angebotsmieten abstelle.

Kreistagsmitglied Bartsch hielt dem entgegen, dass das Urteil den Umfang der Bestandsmieten im Konzept nicht vorgebe. Kreistagsmitglied Thiel verwies darauf, dass andere Kommunen nur auf Angebotsmieten abstellen würden.

Kreistagsmitglied Widdekind erklärte, dass es zurzeit gültige Verfahrensrichtlinien gebe. Die geringe Zahl von Widersprüchen und Klagen seien auch ein Hinweis darauf, dass die Beratung des Jobcenters und in den Sozialämtern der Kommunen gut funktioniere.

**9. Inklusion - Bericht und Fortschreibung zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 23.02.2010  
Vorlage: 50/1897/XV/2012**

**Protokoll:**

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

**SozGe/20120531/Ö9**

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**10. Kindergesundheit im Rhein-Kreis Neuss 2011 - Aktuelle Daten und Handlungsvorschläge des Gesundheitsamtes  
Vorlage: 53/1825/XV/2012**

**Protokoll:**

Dezernent Mankowsky führte mit dem in Anlage beigefügten Vortrag in die Thematik ein und erinnerte an die in der 10. Sitzung des Ausschusses vorgestellten Ergebnisse.

Kreistagsmitglied Bartsch lobte die gute Arbeit der Erzieher und Pädagogen. Nach seiner Auffassung sei es schwierig, bestimmte Eltern zu erreichen. Er fragte an, ob es hierzu Lösungsstrategien gebe.

Dezernent Mankowsky wies hierzu auf die Vorgehensweise beim Projekt „Pro Kita“ hin, bei dem die Kinderärzte vor Ort gewesen seien. Hierdurch habe sich ein Teil der Eltern erreichen lassen.

Ausschussmitglied Dr. Markert-Kütemeyer beleuchtete den Zusammenhang zwischen der Bewegung und den Vorteilen, die diese auch in anderen Bereichen der Entwicklung der Kinder habe. Ggf. sollte in die Überlegungen mehr die Nutzung von Medien einbezogen oder das Angebot einer Kinderbetreuung bei Informationsabenden gemacht werden, um die Eltern besser zu erreichen.

Kreistagsmitglied Wienands stimmte der Zielsetzung zu, durch verstärkte Einbindung der Eltern die Gesamtergebnisse verbessern zu wollen. Einem verstärkten Herangehen über das Internet sei dabei sinnvoll, da auch die Eltern dieses Medium nutzen würden.

Kreistagsmitglied Thiel bedankte sich für den Bericht der Verwaltung und erklärte, die hohe Zahl von Kindern mit Sprachdefiziten sei erschreckend. Er fragte hierzu an, ob in diesem Themenfeld noch Möglichkeiten zur Verbesserung bestünden.

Dezernent Mankowsky führte aus, dass ggf. über den sprachtherapeutischen Dienst nach Optimierungsoptionen gesucht werden könne.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies darauf hin, dass die dargestellte Problematik kein spezifisches Problem des Rhein-Kreis Neuss sei. Derartige Sachverhaltsschilderungen gebe es bundesweit.

Dezernent Mankowsky appellierte daran, sich nicht auf den erarbeiteten Erfolgen in einigen Teilbereichen auszuruhen, sondern im Interesse der Kinder weiterhin an einer Verbesserung der Gesamtsituation zu arbeiten.

**11. Einrichtung eines "Kommunalen Integrationszentrums" - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2012  
Vorlage: 50/1894/XV/2012**

**Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass verwaltungsintern die Federführung für diese Thematik dem Schulamt obliege. Der Schulausschuss habe in seiner Sitzung am 21.05.2012 das Thema behandelt.

Kreistagsmitglied Haag erklärte zum Antrag seiner Fraktion, dass eine neue Form der RAA zu erwarten sei. Daher müsse schon jetzt ein neues Konzept erarbeitet werden.

Kreistagsmitglied Schmitz unterstützte diese Position und wies darauf hin, dass der Beschluss des Schulausschusses hinter dem Vorschlag der Verwaltung zurückgeblieben sei. Sofern ein weitergehender Beschluss nicht gefasst werde, könnten dem Rhein-Kreis Neuss seine Instrumente zur Teilhabe und Integration verloren gehen, wenn die RAA nicht fortgeführt werde und ein neues Integrationszentrum nicht geschaffen werde.

Kreistagsmitglied Wienands erwiderte, dass der Beschluss des Schulausschusses mit Bedacht gefasst worden sei. Die weitere Finanzierung der RAA sei noch unbekannt, wahrscheinlich werde es lediglich eine Anschubfinanzierung geben. Alle Kosten verblieben dann mittelfristig beim Rhein-Kreis Neuss. Es sei jedoch nicht leistbar, alles Wünschenswerte zu finanzieren. Erst wenn die Sachlage deutlich sei, könne eine abschließende Entscheidung getroffen werden.

Laut Allgemeinem Vertreter Steinmetz interpretiere die Verwaltung den Beschluss des Schulausschusses so, dass der zu fertigende Sachstandsbericht gleichzeitig auch die Grundlage für ein zu schaffendes Konzept bilde. Sobald dann alle Regelungen und Vorlagen des Landes vorlägen, könne man schnell handeln. Für die Fortführung der RAA sei im Übrigen das Einvernehmen der kreisangehörigen Kommunen notwendig.

Kreistagsmitglied Haag erklärte, der Antrag seiner Fraktion stehe nicht im Widerspruch zu dem Sachstandsbericht, der im Schulausschuss beschlossen worden sei.

Kreistagsmitglied Riedl teilte mit, dass die Fraktion der FDP hinter dem Beschluss des Schulausschusses stehe. Es seien derzeit noch zu viele Faktoren unbekannt um abschließend zu entscheiden. Die Arbeit der Verwaltung könne dann zu einem späteren Zeitpunkt die Grundlage bilden, um rechtzeitig reagieren zu können.

Kreistagsmitglied Schmitz beantragte, die Beschlussempfehlung der Verwaltung für den Schulausschuss zum Gegenstand eines heute zu fassenden Beschlusses zu machen. Kreistagsmitglied Haag zog den ursprünglichen Antrag seiner Fraktion zurück und schloss sich dem nunmehr gestellten Antrag der Fraktion der SPD an.

Kreistagsmitglied Wienands beantragte, dem Beschluss des Schulausschusses zu folgen.

**SozGe/20120531/Ö11****Beschluss:**

Der Antrag der Fraktionen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgt dem Beschluss des Schulausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der CDU und FDP bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG/Die Aktive und des Vertreters der Linken mehrheitlich abgelehnt.

Mit den Stimmen der CDU und FDP wird gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der UWG/Die Aktive bei Enthaltung der SPD und des Vertreters der Linken der Antrag der CDU mehrheitlich angenommen.

**12. Palliativversorgung im Rhein-Kreis Neuss  
Vorlage: 53/1863/XV/2012****Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose führte in die Thematik ein und erläuterte die Gründe für die Notwendigkeit einer Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss. Es sei wichtig, vor Einstieg in eine inhaltliche Diskussion eine Sachaufklärung zu betreiben. Daher solle in der Sitzung insbesondere die Frage geklärt werden, welche Maßstäbe für die Einrichtung von Palliativstationen bzw. Palliativbetten angelegt würden.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz ergänzte, dass in der Sitzung des Krankenhausausschusses am 04.06.2012 das Thema auf der Tagesordnung stehe und dort die Interessenlage des Rhein-Kreises Neuss als Krankenhausträger zu beraten sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte den Krankenhausdirektor Nennhaus und bat diesen um eine Darstellung der Rahmenbedingungen in der stationären Palliativversorgung.

Krankenhausdirektor Nennhaus führte aus, dass in jedem Akutkrankenhaus eine palliative Versorgung zu leisten sei. Die Vergütung sei jedoch 2003 nur rudimentär in die Fallpauschalen (DRGs) eingeflossen. Voraussetzungen für eine anerkannte Palliativversorgung im Rahmen einer Komplexversorgung in einem Krankenhaus seien Mediziner mit einer entsprechenden Zusatzausbildung, weitergebildetes Pflegepersonal, eine quantitative Nachtwachenverstärkung, das Vorhalten von Angeboten in der Ergo- und Physiotherapie sowie ein seelsorgerisches Angebot. Palliativbetten könnten als eigene Station oder eingestreut vorgehalten werden.

Laut Krankenhausdirektor Nennhaus seien im Rhein-Kreis Neuss Mitte des vergangenen Jahrzehnts durch das Johanna-Etienne-Krankenhaus und das Kreiskrankenhaus Dormagen Palliativstationen geschaffen worden. Dem seien Verabredungen aller Krankenhausträger im Rhein-Kreis Neuss vorausgegangen. Der Krankenhausausschuss und der Kreistag hätten im Jahr 2010 Beschlüsse zur Beibehaltung dieses Angebotes in dem klaren Bewusstsein gefasst, dass ggf. eine dauerhafte Finanzierung dieser Station

nicht gesichert sei. Mit der Palliativversorgung könne der Träger eines Krankenhauses keine Gewinne erwirtschaften.

Ausschussmitglied Dr. Markert-Kütemeyer erläuterte, dass Palliativmedizin dazu diene, Symptomorientiert die Gesamtsituation des Patienten zu verbessern. Aus rein ärztlicher Sicht sei es als wünschenswert zu betrachten, dass jedes Krankenhaus eine palliative Versorgung anbieten könne. Auch im Hinblick auf den demographischen Wandel sei absehbar, dass zukünftig mehr und mehr Menschen innerhalb von Institutionen wie den Krankenhäusern versterben würden. Auf diese Entwicklung müsse man vorbereitet sein. Dr. Markert-Kütemeyer plädierte daher dafür zu ermitteln, wie der Rhein-Kreis Neuss im Gesamtzusammenhang aufgestellt sei, und in welchen Themenfeldern man aktiv werden könne.

Krankenhausdirektor Nennhaus ergänzte, dass die Palliativversorgung auch die Kooperation mit den Angehörigen verbessern helfe. Es gebe bislang keine Rechtsprechung zu der Frage, ob eine palliative Komplexbehandlung auch dann durch die Krankenkassen bezahlt werden müsse, wenn das betreffende Krankenhaus nicht im Krankenhausbedarfsplan als Anbieter einer Palliativversorgung enthalten sei. In Nordrhein-Westfalen habe die Bedarfsplanung keine unmittelbare Verbindung zur Leistungsvergütung.

Kreistagsmitglied Kallen wies darauf hin, dass das Thema der Palliativmedizin nicht nur im stationären Sektor von Bedeutung sei, sondern auch im häuslichen und ambulanten Sektor mehr Beachtung verdiene. Daher sei eine politische Diskussion sinnvoll, die jedoch nicht ausschließlich im Krankenhausausschuss geführt werden sollte.

Kreistagsmitglied Prof. Dr. Goder sprach sich dafür aus, sich für eine Schaffung von Palliativbetten in allen Krankenhäusern im Rhein-Kreis Neuss einzusetzen, wengleich die Diskussion im Krankenhausausschuss in erster Linie als Träger der beiden Kreiskrankenhäuser zu führen sei.

Kreistagsmitglied Meis fragte an, ob der Krankenhausbedarfsplan im schlimmsten Falle dazu zwingen könnte, die Palliativstation im Kreiskrankenhaus Dormagen zu schließen, um dann im Kreiskrankenhaus Grevenbroich eine neue zu betreiben. Dies könne nicht sinnvoll sein.

Krankenhausdirektor Nennhaus erläuterte hierzu, dass man die Palliativstation in Dormagen ggf. weiter betreiben könne, ohne die volle Vergütung von den Kostenträgern zu erhalten. Er wies an dieser Stelle darauf hin, dass eine gute Qualität nicht ohne den Einsatz von ehrenamtlichen Kräften erreicht werden könne. Kreistagsmitglied Welsink verwies im Zusammenhang mit der ggf. nicht auskömmlichen Vergütung der Leistungen durch die Kostenträger auf den in eben diesem Bewusstsein gefassten Beschluss des Kreistages.

Kreistagsmitglied Bartsch erklärte, dass seine Fraktion die Beibehaltung bzw. Schaffung von Palliativbetten grundsätzlich unterstütze, Details jedoch auch noch innerhalb der Fraktion beraten werden müssten.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose nahm diesen Gedanken auf und erklärte, dass nach seiner Ansicht in der heutigen Sitzung keine Beschlussfassung erfolgen solle. Die Diskussion sei noch nicht ausgereift und es handle sich um ein komplexes Thema. Er könne jedoch aus der heute geführten Diskussion die Tendenz erkennen, dass grundsätzlich die Mehrzahl der Redner eine Schaffung von Palliativbetten in allen Kranken-

häusern im Rhein-Kreis Neuss befürworte. Es solle nun zunächst die kommende Sitzung des Krankenhausausschusses abgewartet werden.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte zu, die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt zusammen zu fassen und als Auszug aus der Niederschrift dem Krankenhausausschuss in seiner Sitzung am 04.06.2012 als Tischvorlage zur Verfügung zu stellen.

### **13. Mitteilungen**

#### **13.1. Bericht von der Pflegekonferenz vom 23.03.2012**

**Vorlage: 50/1892/XV/2012**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **13.2. Schuldnerberatung**

**Vorlage: 50/1826/XV/2012**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **13.3. Demenz-Kompetenz-Zentrum Rheinland (DKR)**

**Vorlage: 53/1822/XV/2012**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **13.4. Gesundheitliche und rechtliche Bewertung von E-Zigaretten**

**Vorlage: 53/1749/XV/2012**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **13.5. gesund genießen - gesunde Mittagsverpflegung in Schulen (SekI & II)**

**Vorlage: 53/1823/XV/2012**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

### **13.6. Gesundheit im Alter**

**Vorlage: 53/1824/XV/2012**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

### **13.7. Barrierefreiheit**

**Vorlage: 50/1891/XV/2012**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

### **13.8. Kommunale Beschäftigungsförderung**

**Vorlage: 50/1890/XV/2012**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

### **13.9. Sozioökonomisches Monitoring**

**Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz teilte mit, dass nach der zwischenzeitlich erfolgten Zustimmung zur Auftragsvergabe durch die Rechnungsprüfung, die Hochschule Niederrhein mit der Erarbeitung des Sozio-ökonomischen Monitorings für den Rhein-Kreis Neuss beauftragt worden sei.

### **14. Anfragen**

**Protokoll:**

Ausschussmitglied Dr. Merten bat um eine Information des Gesundheitsamtes zum Thema „Krankenhauskeime“ in einer der nächsten Sitzungen.

### **14.1. Verbesserung der Raumlufte in öffentlichen Gebäuden im Rhein-Kreis Neuss**

**Vorlage: 53/1748/XV/2012**

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:30 Uhr die Sitzung.

**Dr. Hans-Ulrich Klose**  
Vorsitzender

**Marcus Mertens**  
Schriftführung